

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

26. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Politische Bildungsarbeit unterstützen – Gedenkstättenfahrten fördern

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rhein-Kreis Neuss beschließt ein Förderprogramm um Gedenkstätten- und Erinnerungsfahrten, die durch Verbände, Vereine und Einrichtungen im Rhein-Kreis Neuss angeboten werden, mit einem Zuschuss in Höhe von 50 Prozent der Kosten – maximal 500 Euro – zu unterstützen.

Ziel ist es, die politische Bildungsarbeit im Rhein-Kreis Neuss zu stärken und insbesondere ehrenamtliches Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rhein-Kreis Neuss zu fördern.

Zunächst werden im Haushaltsjahr 2024 30.000 Euro bereitgestellt.

Nach einer einjährigen Erprobungsphase ist dem Kreistag zu berichten, wie das Unterstützungsangebot angenommen worden ist und zu prüfen, ob die Mittel ggf. verstetigt oder erhöht werden.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob weitere Haushaltsmittel notwendig sind, um die vom Kreistag in seiner Sitzung am 28. Dezember 2008 im Zusammenhang mit der verabschiedeten Resolution „Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rhein-Kreis Neuss“ (Sitzungsvorlage-Nr. 010/492/2008) beschlossenen Maßnahmen zu aktualisieren und entsprechend umzusetzen. Die seinerzeit verabschiedete Resolution wird bekräftigt.

Begründung:

Die Erinnerung an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte zwischen 1933 und 1945 ist essenziell für die Grundwerte der deutschen Demokratie. Sie erinnert uns, wie wichtig die im

Grundgesetz festgeschriebenen Werte für unser Zusammenleben sind und welches Leid und Elend der Nationalsozialismus über ganz Europa gebracht hat.

Nicht zuletzt die Recherchen von Correctiv haben gezeigt, dass unser Zusammenleben und unser Wertekompass durch rechtsextremistische und faschistische Bewegungen und Parteien gefährdet werden. Die Recherchen haben aufgedeckt, dass politische Funktionär*innen der AfD, Vertreter*innen der rechtsextremen Identitären Bewegung und weitere einflussreiche Geldgeber*innen über Pläne der sogenannten Remigration beraten haben. Remigration bedeutet in diesem Kontext die massenhafte Ausweisung von über 20 Millionen Migrant*innen und auch deutschen Staatsbürger*innen, die in Deutschland zu Hause sind.

Als unmittelbare Reaktion folgten zahlreiche große Demonstrationen der Zivilgesellschaft in der gesamten Bundesrepublik – auch im Rhein-Kreis-Neuss, die weiterhin stattfinden.

Es braucht eine klare, gemeinsame politische Ächtung und Benennung der unsäglichen rechtsradikalen Bestrebungen, die sich durch unsere gesamte Gesellschaft – Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Religionsgemeinschaften, Vereine, Verbände und Politik - zieht: Nie wieder ist jetzt!

Dazu gehört es, dass wir unsere Geschichte kennen und uns unserer historisch gewachsenen Verantwortung bewusst sind. Heute können kaum noch Zeitzeugen aus der Zeit des Nationalsozialismus berichten. Vor diesem Hintergrund wird es immer wichtiger, Gedenkstätten und Erinnerungsorte aufzusuchen, um dort die Konsequenzen einer faschistischen, rechtsextremen und rassistischen Ideologie zu vermitteln. Daher gilt es, politische Bildungsarbeit – auch außerhalb des schulischen Raumes¹ – zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)



Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)



Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)



Christina Borggräfe
stv. Landrätin (SPD)

¹ <https://www.schulministerium.nrw/foerdermoeglichkeiten-fuer-schulische-gedenkstaettenfahrten>